

terzogen. Auf einer nationalen Konferenz über die noch in diesem Jahr abzuschließenden Gerichtsreformen sagte der stellvertretende Präsident des Obersten Gerichtshofes, Xie Anshan, daß die "Vereinfachung der Verwaltung und die Steigerung der Effizienz" Ziele der Reorganisation seien.

Plänen des Obersten Gerichtshofes zufolge sollen etwa 20 Abteilungen/Kammern (unter anderem für Entschädigungsverfahren und für Fragen des Schutzes des geistigen Eigentums) in den lokalen Gerichten eingerichtet werden, die landesweit einheitliche Bezeichnungen tragen und die gleichen Aufgaben wahrnehmen sollen. Der Oberste Gerichtshof hat bereits detaillierte Bestimmungen über die Verantwortlichkeiten der vorgesehenen Abteilungen/Kammern formuliert. (Xinhua, 11.7.96)

Die lokalen Gerichte haben nach offiziellen Angaben 1995 insgesamt mehr als 4,5 Mio. Verfahren behandelt, was eine Steigerung um das 4,5fache gegenüber 1990 bedeutet. (Xinhua, 11.7.96) In den neunziger Jahren soll die Zahl der Verfahren im Bereich des Wirtschaftsrechts jährlich um durchschnittlich rund 20% von 1991 560.000 auf 1995 1,27 Mio. gewachsen sein. Die überwiegende Zahl der Verfahren werde in den prosperierenden Küstenregionen eröffnet. Allein im ersten Quartal dieses Jahres seien 200.000 wirtschaftsrechtliche Verfahren eröffnet worden. (SCMP, 9.7.96) -hei-

*(14)

Joint Ventures angeblich "Basis für westliche Spionageaktivitäten"

Nach detaillierten Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* (15.7.1996, S.18-19) hat das Beijinger Staatssicherheitsministerium in einem ausführlichen Bericht vom 21.Juni und auf einer Konferenz der Sicherheitsorgane Ende Juni festgestellt, daß mit westlicher und japanischer Beteiligung gegründete Joint Ventures in China von ausländischen Mächten häufig für Spionageaktivitäten mißbraucht würden.

Auch in Unternehmen Hongkonger und taiwanesischer Provenienz sollen von westlichen Mächten Agenten in hohen Positionen installiert worden sein, die sich mit der illegalen Beschaffung geheimer Information über die chinesische Politik, das Militär und die Wirtschaft befassen.

Luo Gan, der im Staatsrat unter anderem mit Sicherheitsfragen betraute Pro-Regé Ministerpräsident Li Pengs, soll von einem notwendigen "stillen politischen Kampf gegen Spionage, Sabotage und Infiltration" gesprochen haben. Am 28. Juni wurde der Hongkonger Quelle zufolge ein streng geheimes Dokument des Ministeriums für Staatssicherheit über eine "umfassende Verstärkung der Aufsicht und der Bekämpfung des Diebstahls von Informationen über Partei, Regierung, Militär und Wirtschaft durch ausländische Unternehmen, Unternehmen mit ausländischer Beteiligung und in China ansässige ausländische Wirtschafts- und Handelsinstitutionen" gebilligt. Das Ministerium hat demzufolge beschlossen, sein System der Gegenspionage zu verstärken und das Netz eigener Informanten in ausländischen Unternehmen auszubauen.

Insbesondere den Vereinigten Staaten und Japan sowie in geringerem Maße Großbritannien wird von chinesischer Seite seit den achtziger Jahren immer wieder vorgeworfen, Chinas Öffnungspolitik für Spionagezwecke zu mißbrauchen. Die jüngsten Meldungen in *Dongxiang* deuten somit nicht auf eine neue Politik des chinesischen Sicherheitsapparates hin, sondern bestätigen die Ambivalenz, die kennzeichnend für Beijings Haltung ist: Das Mißtrauen gegenüber "feindlichen Kräften im Westen" ist mit der Reform- und Öffnungspolitik nicht nur nicht geschwunden, sondern scheint in den neunziger Jahren angesichts des sich verschärfenden offenen und stillen "politischen Kampfes" mit dem Westen weiter gewachsen zu sein. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(15)

Größtes Projekt über traditionelle Kultur

In China wird zur Zeit an einem Forschungsprojekt gearbeitet, das als das größte Projekt dieses Jahrhunderts über die traditionelle Kultur und das traditionelle Denken Chinas bezeichnet wird: ein Sammelwerk mit Biographien über chinesische Denker (*Zhongguo sixiang-jia pingzhuan congshu*). Das Werk soll insgesamt 260 Biographien von Philosophen und Denkern enthalten, einschließlich bedeutenden historischen

Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Militär, Bildung, Literatur, Kunst, Wissenschaft, Technik und Religion - von Konfuzius bis Sun Zhongshan. Herausgeber ist Prof. Kuang Yaming, bekannter Konfuzius-Forscher und Präsident der Konfuzius-Gesellschaft. Er hat das Projekt Ende der achtziger Jahre begonnen. Die Redaktion hat ihren Sitz am Forschungszentrum über chinesische Denker an der Universität Nanjing. Bisher sind 50 von insgesamt 200 Teilen erschienen.

Auf einer Tagung, die das Nanjinger Forschungszentrum kürzlich gemeinsam mit der *Guangming-Zeitung* veranstaltete, lobten die geladenen Wissenschaftler das Projekt in den höchsten Tönen (vgl. dazu GMRB, 9.7.96). Dabei wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein Prestigeprojekt handelt, sondern daß dieses auch politisch instrumentalisiert wird. Es soll die Größe der traditionellen chinesischen Kultur, die "glänzende kulturelle Tradition der chinesischen Nation und ihre großen Beiträge zur Weltzivilisation" dokumentieren. Zudem soll das Werk dem "Aufbau einer neuen sozialistischen Kultur mit chinesischen Kennzeichen" dienen. Die Biographien sollen unter Beweis stellen, daß China zu den fortgeschrittenen Nationen der Welt zählt. Hervorgehoben wurde auch die wissenschaftliche Leistung: Das Werk genüge nicht nur höchsten wissenschaftlichen Ansprüchen in bezug auf Quellenanalyse, Textkritik usw., sondern es sei, gemessen am Umfang, auch einmalig in der Welt; weder in Europa noch in den USA habe es je ein vergleichbares Projekt gegeben.

Daß die Biographiensammlung in hohem Maße der Selbstdarstellung Chinas dient, erhellt auch daraus, daß heute für wichtig erachtete Gesichtspunkte besonders herausgestellt oder gar in die Vergangenheit hineingelegt werden. So wird beispielsweise betont, daß ein Zehntel aller zu behandelnden Denker Naturwissenschaftler gewesen seien und daß diese viele traditionelle Denker beeinflusst hätten. Damit soll offensichtlich der Auffassung begegnet werden, im traditionellen China hätten Naturwissenschaft und Technik keine besondere Rolle gespielt. Des weiteren wird festgestellt, daß sich unter den traditionellen Denkern Chinas auch zahlreiche Angehörige "nationaler Minderheiten" befunden hätten. Diese Aussage soll suggerieren, daß China schon immer in der heute beschworenen Einmütigkeit mit den "nationalen Minderheiten" ge-

lebt habe (die in der Vergangenheit gar nicht als solche bezeichnet wurden) und daß die chinesische Kultur gemeinsam von allen in China lebenden Nationalitäten geschaffen worden sei. Neben dem wissenschaftlichen Anspruch treten die politischen Zwecke des Werkes deutlich hervor: Stärkung des Patriotismus, für den die Identifikation mit der eigenen kulturellen Tradition ein wesentliches Merkmal ist, und Förderung der nationalen Integration durch Betonen einer gemeinsamen Kultur, die die auf chinesischem Boden lebenden Nationalitäten miteinander verbindet und eint. -st-

*(16)

Kampf gegen "Kolonialkultur"

Ein neuer Begriff bestimmt seit neuestem die kulturpolitische Diskussion in China: "Kolonialkultur". Ihr haben die konservativen Kulturpolitiker den Kampf angesagt. Den Anfang machte das Militär. Im Mai kritisierte die "Chinesische Verteidigungszeitung" wiederholt das Eindringen kolonialer Kultur in Form von ausländischen Marken- und Geschäftsbezeichnungen, ausländischen Liedern usw. und vermutete, bestimmte ausländische Kräfte, die China feindlich gesonnen seien, betrieben die kulturelle Infiltration Chinas. Im Juni veranstaltete die Zeitung eine Tagung zum Thema "Nationaler Geist und nationale Würde". Alle Teilnehmer waren sich einig, daß die sozialistische Kultur hochzuhalten sei, um der Durchdringung durch die dekadente ausländische Kultur einschließlich der kolonialen Kultur widerstehen zu können. Insbesondere die Medien wurden aufgerufen, nationalen Geist zu entfalten, nationale Würde aufrechtzuerhalten und das Volk entsprechend zu erziehen. Inzwischen beteiligen sich auch andere Blätter an der Diskussion, z.B. die "Zeitung der Volksbefreiungsarmee", die mit einem Artikel unter der Überschrift "Gegenüber der Infiltration durch die Kolonialkultur festen Widerstand leisten" aufwartete (vgl. *Jiefangjun Bao*, 19.6.96, nach SWB, 8.7.96 u. XNA, 22.6.96).

Nicht alle westliche Kultur wird als Kolonialkultur bezeichnet. Diese scheint sich vor allem auf die Amerikanisierung der chinesischen Sprache, also die Übernahme englischer Ausdrücke in die chinesische Sprache zu beziehen, wie sie sich vor allem im Unterhaltungsbe- reich und bei vielen Firmen- und Marken- namen widerspiegelt. Schon mehr-

fach wurde die Sucht vieler Geschäftsinhaber angeprangert, ihre Läden mit ausländischen Namen für Kunden attraktiver zu machen oder aus gleichem Grund Artikel mit englischen Markenbezeichnungen zu versehen. Erst jüngst verurteilte die *Guangming-Zeitung* wieder fremdsprachige Firmen- oder Markenbezeichnungen, die sie als unvereinbar mit Patriotismus und Nationalbewußtsein bezeichnete (vgl. GMRB, 21.7.96). Bereits Ende Mai verbot das Parteikomitee der Stadt Guangzhou die Verwendung ausländischer Marken- und Geschäftsbezeichnungen, weil der "kulturelle Kolonialismus" nicht mehr zu ertragen sei (XNA, 29.5.96). Die geographische Nähe zu Hongkong hat Guangzhou besonders anfällig für sprachliche Einflüsse des Englischen gemacht.

In Hongkong selbst wird bereits die Ablösung der englischen durch die chinesische Sprache in der Verwaltung vorbereitet. Derzeit proben schon neun Regierungsabteilungen den Gebrauch der chinesischen Schrift im offiziellen Schriftverkehr (Xinhua Hongkong, 25.5.96, nach SWB, 27.5.96).

Vor diesem Hintergrund ist auch die Entscheidung des chinesischen Außenministeriums zu sehen, ab dem 1. September die Pressekonferenzen des Außenministeriums nur noch auf Chinesisch und nicht mehr wie bisher auf Chinesisch und Englisch abzuhalten. Zwar wurde als offizielle Begründung eine bessere Effizienz der Arbeit angegeben, weil die Übersetzungen viel Zeit kosteten, aber zugleich wurde darauf hingewiesen, daß Chinesisch schließlich auch Arbeitssprache der Vereinten Nationen sei (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 2.7.96, nach SWB, 4.7.96). Das Hauptmotiv für die Entscheidung scheint denn auch zu sein, der Vorherrschaft der englischen Sprache im internationalen Verkehr selbstbewußt entgegenzutreten. Wie die Hongkonger *Ta Kung Pao* berichtet (17.7.96, nach SWB, 19.7.96), soll der Sprecher des chinesischen Außenministeriums den ausländischen Korrespondenten geraten haben, Chinesisch zu lernen und sich um ein besseres Verständnis der östlichen Kultur zu bemühen. Die westlichen Korrespondenten hätten in China doch wohl bemerkt, wie interessiert die Chinesen an ausländischen Dingen seien, aber seien die Ausländer, insbesondere in fortgeschrittenen Ländern, auch bereit, von anderen Ländern zu lernen? Sollten sie sich nicht bemühen, die großen chinesischen Philosophen, die vor

über 2000 Jahren lebten, wie z.B. Konfuzius, Laozi und Zhuangzi, oder die großen chinesischen Dichter Qu Yuan, Li Bo und Du Fu zu verstehen?

Daß nationalistische Beweggründe eine Rolle spielen, kann nicht verhehlt werden. Der offiziell verordnete Patriotismus findet in China verbreitete Zustimmung, und trotz der Anziehungskraft, den die nordamerikanische Kultur auf Teile der chinesischen Jugend ausübt, empfindet die Mehrzahl der Chinesen Genugtuung, wenn China auf diese Weise Selbstbewußtsein zeigt. Die in Beijing erscheinende Jugendzeitung zollte denn auch Beifall und bezeichnete die Entscheidung als Akt der "Wiederherstellung der nationalen Würde" (vgl. NZZ, 19.7.96). Man sollte allerdings auch bedenken, daß von Chinesen im Ausland wie selbstverständlich die Beherrschung der Sprache des Gastlandes verlangt wird. Sollten die Chinesen nicht das gleiche von in China tätigen Ausländern erwarten? Weder in Japan noch in den USA noch in der ehemaligen Sowjetunion war und ist es üblich, die Pressekonferenzen der Außenministerien in Fremdsprachen abzuhalten (NZZ, ebd.), warum sollte man China nicht das gleiche Recht zubilligen? -st-

*(17)

Bestimmungen über ausländische Lehrkräfte

Die Staatliche Bildungscommission und das Staatliche Büro für Angelegenheiten ausländischer Experten haben kürzlich Bestimmungen über die Einstellung ausländischer Lehrkräfte an chinesischen Schulen und Universitäten erlassen. Danach ist es Bildungseinrichtungen, die Vorschulerziehung betreiben, ebenso wie Grund- und Mittelschulen, die im Rahmen der Schulpflicht Unterricht erteilen, untersagt, ausländische Lehrkräfte einzustellen. Ausnahmen sind nur in Sonderfällen möglich, z.B. wenn es sich um fremdsprachliche Schulen handelt oder um solche, die aufgrund einer Städtepartnerschaft gegründet wurden, oder um Modellschulen, an denen Versuche durchgeführt werden, für die Fremdsprachenlehrer benötigt werden. Es wird vermutet, daß die strengen Einschränkungen Privatschulen davon abhalten sollen, übermäßig hohes Schulgeld zu nehmen, wenn sie ausländische Lehrer einstellen, und auf diese Weise hohe Profite zu machen. Derzeit sollen in China etwa 14.000 Ausländer als Lehrkräfte an chinesischen Bildungsinstitutionen arbeiten. Den Bestimmungen

zufolge werden die Verantwortlichen bestraft, wenn sie Ausländer ohne offizielle Genehmigung einstellen. (Zhongguo Xinwen She, Beijing, 11.7.96, nach SWB, 15.7.96)

Genehmigungen werden am ehesten an Universitäten und Hochschulen erteilt, während in Kindergärten sowie Grundschulen und Mittelschulen der Sekundarstufe I in der Regel keine Ausländer als Lehrer tätig sein dürfen, damit die Kinder nicht zu früh direktem ausländischen Einfluß ausgesetzt werden. -st-

*(18)

Unternehmerische Aktivitäten von Schulen

Im Zuge der Bildungsreform wurde die Finanzierung des Schulwesens auf eine neue Grundlage gestellt. Der Staat trägt zwar immer noch den größten Anteil der Bildungsausgaben, aber er läßt darüber hinaus andere Finanzierungsquellen zu. Neben der Zulassung von Privatschulen, die von den Betreibern finanziert werden, und dem Einwerben von Spendengeldern für das Schulwesen sind die Schulen gehalten, selber Geld zu verdienen. Dies geschieht durch Unternehmen, die die Schulen gründen, um aus den Erträgen ihrer Geschäfte ihre Etats aufzustocken. Schuleigene Betriebe dürfen nicht auf kommerzieller Basis arbeiten, sondern müssen die Gewinne im wesentlichen für die Verbesserung der Schule verwenden. Gut 90 Prozent aller Schulen von der Grund- bis zur Hochschule haben schuleigene Unternehmen gegründet. Die Zahl solcher Unternehmen wird mit 770.000 (1995) angegeben. Manche von ihnen erzielen hohe Gewinne. So sollen etwa 770 Schulbetriebe im vergangenen Jahr über 1 Mio. Yuan Gewinn gemacht haben. Insgesamt hätten die schuleigenen Unternehmen zwischen 1991 und 1995 fast 300 Mrd. Yuan umgesetzt; der Reingewinn habe 40 Mrd. Yuan erreicht. Da sie Steuerbefreiung genießen, können sie leichter als andere Betriebe zu Erfolg gelangen. Die Betriebe sind auf den verschiedensten Gebieten tätig, angefangen von konventioneller Industrie über Landwirtschaft, Viehzucht, Handel, Dienstleistungen bis hin zur Informationsindustrie. Die Staatliche Bildungskommission versichert, daß die Firmen ausschließlich von Erwachsenen betrieben werden und es keine Kinderarbeit gebe. Gelegentlich würden allerdings Kinder, die sich für Arbeitsprozesse interessieren, zur Arbeit herangezogen. (XNA, 4.7.96)

Ob das Verbot von Kinderarbeit, das auch in China gilt, immer eingehalten wird, ist fraglich; schließlich dienen die schuleigenen Betriebe auch dazu, den Kindern und Jugendlichen Arbeitstechniken beizubringen, um sie auf das Berufsleben vorzubereiten. Schulfabriken und -betriebe gab es schon zu maoistischer Zeit. Damals jedoch erfüllten sie hauptsächlich pädagogische Zwecke: Hand- und Kopfarbeit sollten als gleichwertig betrachtet werden. Damit wurde zwar viel Talent vergeudet, aber die Einrichtungen wurden im Grunde ehrlicher betrieben. Heute müssen sich Chinas Bildungspolitiker die kritische Frage gefallen lassen, wie Kinder und Jugendliche sich zwischen Realität und Anspruch zurechtfinden sollen, der Realität nämlich, daß finanzielle Gewinne das Hauptmotiv für die Schulbetriebe sind, und dem Anspruch, das Streben nach Geld moralisch zu verurteilen. -st-

*(19)

Gedenkfeiern zum 100. Geburtstag von Mao Dun

Am 4. Juli 1996 wurde in einer offiziellen Gedenkveranstaltung des 100. Geburtstages des 1981 verstorbenen Schriftstellers Mao Dun gedacht. Mao Dun, eigentlich Shen Yanbing, wurde 1896 in der Provinz Zhejiang geboren und zählt zu den größten Vertretern der modernen chinesischen Literatur. Sein bekanntester Roman, *Schanghai im Zwielicht (Ziye)*, entstand 1931/32. Neben einer ganzen Reihe von Romanen verfaßte er auch Erzählungen und literaturkritische Texte. Seine Hauptschaffensperiode lag in der zweiten Hälfte der zwanziger und in den dreißiger Jahren. Nach 1949 hat er praktisch nichts mehr veröffentlicht, sondern widmete sich als Kulturminister (1949-64) der Politik.

Die Gedenkveranstaltung, zu der zahlreiche Politiker, darunter Li Ruihuan (Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros) und Li Tieying (Staatsrat und Politbüromitglied), und Vertreter der Kulturbürokratie erschienen waren, war gemeinsam vom Kulturministerium, dem Verband der Literatur- und Kunstschaffenden und dem Schriftstellerverband veranstaltet worden. Sie geriet im Grunde zu einer Propagandaveranstaltung für die Parteilinie in Literatur und Kunst (vgl. dazu GMRB, 5.7.96, S.1). Zur Würdigung Mao Duns hieß es, dieser sei von Jugend an von Patriotismus und Marxismus beeinflusst worden. Er sei ein Pionier der

Bewegung für eine neue Kultur und der zeitgenössischen Literatur gewesen, ein großer Schriftsteller und ein Praktiker der Theorie des revolutionären Realismus. Seine großen realistischen Werke spiegelten den Geist der damaligen Zeit wider. Li Tieying rief dazu auf, Mao Dun als Vorbild zu nehmen, von seinem Geist zu lernen und sein kostbares Erbe zu studieren und zu übernehmen. Von Mao Dun zu lernen, bedeute, an der Philosophie des dialektischen und historischen Materialismus und den ästhetischen Prinzipien des Materialismus festzuhalten, es bedeute, sich an die Richtlinie zu halten, daß Literatur und Kunst dem Volk und dem Sozialismus zu dienen haben. Von Mao Dun lernen heiße ferner, kritisch das kulturelle Erbe Chinas und des Auslands zu übernehmen und die Richtung zu befolgen "Das Alte der Gegenwart und das Ausländische China zunutze machen". Vorbildhaft an Mao Dun sei darüber hinaus, "die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen", von der Realität auszugehen und linkem und rechtem Abweichertum zu widerstehen.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert, so Li Tieying schließlich, das eine große Epoche der Wiedergeburt der chinesischen Nation sein werde, sei es wichtig, sich an den Wegbereiter der neuen Kultur und Literatur vom Beginn dieses Jahrhunderts zu erinnern. Unter der Führung von Deng Xiaopings Theorie vom Sozialismus chinesischer Prägung und unter der Führung des ZK der Partei mit Jiang Zemin als Kern müsse an der Grundlinie der Partei festgehalten, die glänzende kulturelle Tradition des 4. Mai ererbt und die sozialistische Kultur in China zur Entfaltung gebracht werden. Eine sozialistische geistige Zivilisation müsse aufgebaut und dafür gekämpft werden, daß China reich und stark werde. Vom Geist der Erneuerung, der Mao Duns Werk erfüllte, war in dieser Rede nichts zu spüren. So wurde auf den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Mao Duns, die als eines der wichtigsten kulturellen Ereignisse dieses Jahres bezeichnet wurden (XNA, 4.7.96, nach SWB, 6.7.96), abermals der konservative Charakter der Kulturpolitik veranschaulicht. -st-

*(20)

Verstärkte Propagierung der Kremation

Im Zuge der Reformpolitik sind viele alte Sitten und Gebräuche wiederaufgelebt. Dies macht sich insbesondere bei

großen Familienereignissen wie Heirat und Tod bemerkbar. Obwohl die Partei nie aufgehört hat, einfache Hochzeits- und Trauerzeremonien zu propagieren und aufwendige Feierlichkeiten zu verurteilen, werden vor allem auf dem Lande die traditionellen Bräuche wieder gepflegt. In den Augen der Partei sind dies "feudalistische" Überreste, die dem Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation schaden. In den letzten Monaten gehen Parteikomitees und Behörden verstärkt gegen das ungenehmigte Anlegen von Friedhöfen und Gräbern vor. Seit Jahrzehnten propagieren sie, die Toten zu verbrennen anstatt zu beerdigen. Dessenungeachtet breiten sich jedoch Friedhöfe und Grabanlagen ständig aus, wodurch kostbares Ackerland verloren geht. Neben ideologischen Gründen ist es in erster Linie die Verschwendung knapper Ressourcen wie vor allem Ackerland, die das jüngste Vorgehen offizieller Stellen gegen ungenehmigte Grabstätten erklärt.

Besonders hart scheinen die offiziellen Stellen in der Provinz Zhejiang vorgegangen zu sein. Dort sollen in diesem Frühjahr bis Ende Mai in einer Spezialaktion über 257.000 Gräber aufgelöst worden sein. Vom Aufräumen betroffenen waren auch etwa 17.900 illegal erbaute Tempel und Kirchen. Ziel war es, das in Anspruch genommene Ackerland wieder seiner Bestimmung zuzuführen und das Verbot, in landschaftlichen Schutzgebieten solche Anlagen zu bauen, durchzusetzen (*Zhejiang Ribao*, 26. u. 27.6.96, nach SWB, 15. u. 16.7.96). Begleitet wurde die Maßnahme von einer Erziehungskampagne gegen "abergläubische Praktiken". Alle lokalen Regierungen und Parteikomitees wurden aufgefordert, die Kremation zu propagieren und entsprechend mehr Krematorien zu bauen, gegen Einzelgräber vorzugehen und ordentliche Friedhöfe anzulegen. (Traditionell werden Gräber in China nicht auf Friedhöfen, sondern an geomantisch günstig erscheinenden Plätzen errichtet.)

Bemerkenswerterweise sind es gerade die Bewohner wohlhabender Gegenden, die sich den Luxus aufwendiger Grabanlagen leisten. In der boomenden Hafenstadt Wenzhou (Zhejiang) beispielsweise geben viele Familien Unsummen für Gräber aus. Offiziellen Angaben zufolge soll es in Wenzhou 890.000 Privatgräber geben, von denen die billigsten 5.000, die teuersten mehrere hunderttausend Yuan kosten. Ein 1987 erlassenes Verbot, Gräber in landschaftlich schönen Gegenden, in der Nähe

von Straßen oder an historisch bedeutenden Plätzen zu errichten, wurde weitgehend ignoriert, nicht zuletzt deshalb, weil es in der Stadt nur ein Krematorium gibt. Sorgen bereitet den Behörden der ständige Schwund kostbaren Ackerlands, der gerade in Wenzhou akut ist. Dort beträgt die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf der Bevölkerung inzwischen nur noch knapp 0,027 ha. Die Fläche wird jedes Jahr geringer, nicht nur durch Gräber, sondern auch durch den Bau neuer Fabriken und Gebäude. (SCMP, 20.5.96) In Beijing sollen 1994 39 illegale Friedhöfe eingerichtet worden sein, die 40 ha Land in Anspruch nahmen (Xinhua, 10.7.96, nach SWB, 12.7.96).

Anlaß für das jüngste Einschreiten der Behörden gegen ungenehmigte Gräber war der vierzigste Jahrestag einer Empfehlung der damaligen politischen Führung, sich für die Kremation zu entscheiden, am 27.4.1956 (vgl. dazu RMRB, 27.4.96). Seitdem hat die Partei Leichenverbrennung als neue zivilisierte Methode propagiert. Trotzdem hat es kein nationales Verbot von Erdbestattungen gegeben, sondern nur örtliche Regelungen zum Schutz der Ressourcen. Bis heute gehen Regierung und Partei das Problem behutsam an, weil in der Bevölkerung nach wie vor starke Vorbehalte gegen Kremation bestehen. Gegenwärtig wird etwa ein Drittel der Toten in Krematorien verbrannt (ebd.). In den kommenden fünf Jahren soll dieser Anteil pro Jahr um jeweils 1 Prozent gesteigert werden (XNA, 27.4.96). Auch in den kürzlich in Beijing erlassenen vorläufigen Bestimmungen über die Kontrolle von Beerdigungen wird kein direktes Verbot von Erdbestattungen ausgesprochen, sondern lediglich das Anlegen von Gräbern auf Ackerland untersagt (XNA, 12.7.96). -st-

*(21)

Zahl der AIDS-Infizierten steigt

Die Zahl der HIV-positiven Fälle hat sich in China nach neuesten Zahlen bis Ende 1995 auf 3.341 erhöht. Sie habe sich 1995 gegenüber dem Vorjahr verdreifacht, hieß es von offizieller Seite. Von diesen HIV-Trägern sei AIDS bei 117 Personen ausgebrochen, und von diesen wiederum seien 82 gestorben. Dies teilte eine Vertreterin des chinesischen Gesundheitsministeriums auf der 11. UN-Konferenz über AIDS, die kürzlich in Vancouver stattfand, mit. Sie gab zugleich zu, daß die offizielle Zahl bei weitem zu niedrig sei und die

Zahl der Infizierten wahrscheinlich bei über 100.000 liege. Angesichts dieser Zunahme, so erklärte sie, könne man in China AIDS nicht mehr als "Ausländerproblem" bezeichnen; vielmehr gehe die Krankheit die gesamte Bevölkerung an. Allerdings habe China bislang noch wenig Erfahrung in bezug auf Prävention und Aufklärung gesammelt. Die Regierung habe für dieses Jahr den Etat für die AIDS-Arbeit von 5 Mio. Yuan 1995 auf 15 Mio. Yuan erhöht. Auch würde gerade eine großangelegte landesweite Erhebung über den HIV-Status der 100.000 kommerziellen Blutspender in 29 Provinzen durchgeführt, die im September abgeschlossen sein werde. (SCMP, 11.7.96)

In den vergangenen Jahren haben die zuständigen Stellen dem Problem relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt - trotz stetig steigender Infektionsrate. Man war der Meinung, es seien in erster Linie Ausländer und bestimmte Risikogruppen wie Drogensüchtige und Homosexuelle betroffen. Inzwischen aber hat man erkannt, daß der Virus vielfach durch Bluttransfusionen übertragen wird, daß zunehmend auch Frauen betroffen sind und daß Mütter den Virus bei der Geburt übertragen können. Deshalb wird seit einiger Zeit verstärkt Aufklärung betrieben. Zudem sollen verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen werden, um die HIV-Verbreitung einzudämmen. Dazu zählt vor allem eine stärkere Kontrolle von Blutkonserven. Illegale Blutspenden, die in Kliniken gelangen, sollen verboten und ein kontrolliertes Blutspendensystem aufgebaut werden. Außerdem sollen Prostitution, Drogenmißbrauch und Drogenhandel schärfer kontrolliert werden. (XNA, 12.7.96) Bei den öffentlichen Sicherheitsämtern sind 520.000 Drogenabhängige registriert (XNA, 10.7.96). Nicht zuletzt soll die Forschung zur medizinischen Behandlung von AIDS intensiviert werden. Chinesische Experten berichteten kürzlich, chinesische Pflanzenmedikamente hätten sich als wirksame Mittel gegen den AIDS-Virus erwiesen und die Immunität gestärkt (XNA, 26.6.96). Bisher allerdings fehlen längerfristige wissenschaftliche Auswertungen, so daß die Wirksamkeit der Mittel nicht erwiesen ist. -st-